

Identitätspolitik für die Schweiz

von Kantonsrat Lukas Reimann, Kantonalpräsident JSVP SG, Wil

Die Ausländer- und Integrationspolitik in der Schweiz läuft je länger je mehr aus dem Ruder. Aktuelle Beispiele aus den letzten Monaten gibt es genug. Und jeden Tag wird die Liste länger.

Die Jugendgewalt hat sich in den vergangenen 50 Jahren verzehnfacht. Die Schweizer Jugendlichen sind dabei kaum krimineller als früher. Geprägt werden die schweren Delikte von Ausländern und Eingebürgerten. Im Januar 2007 wurden gleich mehrere Jugendliche in Wil SG ausgeraubt. Eine 21-jährige Frau wurde gar Opfer einer Vergewaltigung. Vier unbekannte junge Männer sprachen die Frau an, schlugen sie und hielten sie fest. Einer der Männer verging sich an ihr. Im Rahmen der aufwendigen Aktion hat die Staatsanwaltschaft Altstätten SG Ende Dezember gegen 28 Personen, die im Verdacht stehen, Kokain verkauft und sich illegal in der Schweiz befunden zu haben, Strafverfahren eröffnet; bei diesen Personen handelt es sich praktisch ausnahmslos um abgewiesene Asylbewerber aus Afrika, die mit dem Verkauf von mehr als 3.5 Kilogramm Kokain allein am Bahnhof Heerbrugg und in den umliegenden Gemeinden einen Umsatz von ca. 320'000 Franken erzielt haben. In Rhäzüns haben sich zwei Jungen aus dem Kosovo (10 und 13) an einem 5jährigen Mädchen vergangen. In Steffisburg BE begingen 7 ausländische Jugendliche (15 bis 18) eine Masservergewaltigung. In Muttenz BL verschmierten muslimische Jugendliche eine Kirche mit Kot und Urin. In Zürich-Seebach führen 12 Ausländer und Eingebürgerte eine bestialische Vergewaltigung eines 13jährigen Mädchens durch.

Wer diese gravierenden Probleme aufzeigt, wird sofort als "fremdenfeindlich" beschimpft. Doch hierbei handelt es sich um ganz reale Tatsachen, die beinahe tägliche neue Opfer schaffen und unsere Lebensqualität massiv beeinträchtigen. Auch werden laufend Personen eingebürgert, die danach straffällig werden. Oft wird deren ursprüngliche Herkunft in der Öffentlichkeit verschwiegen. Mein Antrag im St.Galler Kantonsrat auf Veröffentlichung der ursprünglichen Herkunft von eingebürgerten Straftätern wurde von sämtlichen Parteien - ausser der SVP - abgelehnt. Das Problem der Ausländerkriminalität soll somit einfach „eingebürgert“ und totgeschwiegen werden. Die zahlreichen Fälle von schwerer Gewalt verursacht durch eingebürgerte Ausländer zeigen in aller Deutlichkeit, dass die Forderung der SVP auf Einführung einer Karenzfrist für das Bürgerrecht dringend notwendig ist. Nur noch eine bedingungslose Klartext-Politik kann jetzt helfen.

Auch die Identität der Schweiz wird immer mehr in Frage gestellt. So fordern

intolerante Muslim-Eltern die Abschaffung der Schulweihnachtsfeiern. Mit Erfolg. Sogar der Lehrerverbandspräsident zeigte dafür viel zu viel Verständnis. Und islamische Fundamentalisten verlegen ihre Hauptsitze- und Schaltzentralen zunehmend in die Schweiz. Während ihre radikalen - für unsere Sicherheit äusserst gefährlichen - Organisationen in anderen Ländern längstens auf der Verbotsliste stehen, können sie hier frei walten und ihre Netze verbreiten - mit verheerenden Folgen. Auch wird versucht, den islamischen Machtanspruch geltend zu machen: So soll zum Beispiel in Wil soll ein grosses islamisches Zentrum entstehen, nicht nur mit Minarett, sondern auch mit eigener Schule, eigener Turnhalle und eigenen Läden. Wo soll da noch eine Integration stattfinden?

Eine andere, bessere Politik ist möglich! Doch jetzt muss gehandelt werden: Zuwanderer haben sich zu integrieren und anzupassen. Kriminelle Ausländer hingegen sind auszuschaffen. Eingebürgerte Ausländer sind im Falle von schweren Straftaten auszubürgern.

Eines unserer grössten Anliegen wird es sein, Identitätspolitik im Sinne aller Schweizerinnen und Schweizer zu betreiben. Vor dem Hintergrund der Rekordzuwanderung kommt es in manchen Gebieten bereits zur Bildung von Parallel- und Gegengesellschaften. Diese Entwicklung wird in den kommenden Jahren quer durch alle Lebensbereiche nahezu jeden Schweizer betreffen. Daher ist es eines der wichtigsten Ziele unserer Politik, diese Schiefelage zu begradigen. Im Gegensatz zu anderen Parteien verschliessen wir die Augen vor der fortschreitenden Islamisierung und der explodierenden Ausländerkriminalität nicht.

Die eigene Bevölkerung wird immer mehr als Menschen zweiter und dritter Klasse behandelt. Wir sind heute drauf und dran, das zu verlieren, was wir Heimat nennen. Wer dies nicht will, unterstützt die Politik von SVP/JSVP.“